

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Verl

An den
Bürgermeister der Stadt Verl
und den Rat der Stadt Verl
Paderborner Straße 5
33415 Verl

Verl, den 28.01.2026

Prüfantrag der CDU-Fraktion zum möglichen Einsatz von Asylbewerbern/-bewerberinnen zur Unterstützung gemeinnütziger Arbeiten in der Stadt Verl

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Rieksneuwöhner,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rats,

es gibt immer wieder Diskussionen darüber, ob und inwieweit Asylbewerber
gemeinnützige Tätigkeiten in der Stadt verrichten können, in der sie aufgenommen
wurden. Die gesetzlichen Grundlagen hierfür bestehen bereits.

Mit Interesse verfolgen wir seit geraumer Zeit das Projekt „Pro Arbeit“ der Stadt
Harsewinkel, das für Geflüchtete besteht, die Leistungen nach dem
Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) beziehen. Ziel dieser Maßnahme ist es,
Geflüchtete durch sinnvolle, gemeinnützige Tätigkeiten in das gesellschaftliche und
berufliche Leben einzubinden sowie Teilhabe zu gewährleisten und Sprachbarrieren
abzubauen.

Der Gesetzgeber hat in § 5 AsylbLG Abs. 1–4 die Möglichkeit geschaffen, Asylbewerber
zur gemeinnützigen Arbeit gegen eine Aufwandsentschädigung zu verpflichten.
Dabei handelt es sich um ein öffentlich-rechtliches Beschäftigungsverhältnis, das durch
das AsylbLG gedeckt ist. Es entsteht kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts
und kein Beschäftigungsverhältnis im Sinne der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und
Rentenversicherung. Bestehende Arbeitsverhältnisse bei der Stadt Verl sollen durch
diese Maßnahme nicht gefährdet oder ersetzt werden. Die Aufwandsentschädigung wird
zusätzlich zu den Leistungen nach dem AsylbLG gezahlt und gilt nicht als Einkommen,
sodass der Arbeitsanreiz erhalten bleibt.

Mögliche Einsatzbereiche könnten beispielsweise in der Unterstützung bei der Pflege und Verschönerung öffentlicher Flächen sowie der Flächen, die unmittelbar an den Flüchtlingsunterkünften liegen.

Die Tätigkeiten sollten der Allgemeinheit dienen. Ziel ist es, durch diese Beschäftigung den Schutzsuchenden mehr Struktur zu geben, gesellschaftliche Teilhabe zu fördern und das Miteinander durch persönliche Kontakte zu stärken.

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist es ein wichtiges Signal, Asylbewerber – sofern sie dazu in der Lage sind – für gemeinnützige Arbeit in der Gemeinde zu gewinnen. Wir bitten daher die Verwaltung über die schon gemachten Erfahrungen in diesem Bereich zu berichten und zu prüfen, welcher Personenkreis in Verl aktuell für ein solches Projekt in Frage kommen würde sowie welche Tätigkeiten sich für eine Umsetzung eignen würden. Im ersten Schritt sollte neben den schon ausgeführten Maßnahmen in einer Pilotphase abgefragt werden, wer aus dem genannten Personenkreis diese gemeinnützigen Tätigkeiten ausüben könnte.

Mit freundlichen Grüßen



Gabriele Nitsch
(Vorsitzende der CDU-Fraktion)



Daniel Maasjosthusmann
(stellv. Vorsitzender der CDU-Fraktion)